

Artikel 1

Diskussionsvorlage für das Interview

- *Lesen Sie nachstehenden Artikel und fassen Sie die wesentlichsten Punkte zusammen.*
- *Kennen Sie theoretische Konzepte aus ihrem BA Studium, die Sie hier zur Analyse heranziehen können? Wenn ja, welche?*

Bereiten Sie sich vor, zu den oben genannten Punkten 5 Minuten frei zu sprechen!

Pleiten, Krisen und mangelnde Visionen bei heimischen Start-ups

Start-up-Gründer finanzieren sich vor allem durch Ersparnes

(Auszüge)

Den Zeitgeist hätte Constantin Simon mit seinem kohlenhydratarmen Bier Nixe wohl getroffen. Craft-Biere liegen im Trend. Gereicht hat es dennoch nicht. "Die letzten zwei Jahre lang hat sich das Kernteam keine Gehälter mehr ausbezahlt. 40 Investoren haben wir abgeklappert, um das Unternehmen zu retten", sagte Gründer Simon kürzlich zum Start-up-Magazin Der Brutkasten. Gescheitert sei man schlussendlich an zu hohen Kosten für die Listung in Supermärkten und den Einstieg in die Gastronomie. Nach sechs Unternehmerjahren folgte also die Insolvenz.

Im ersten Halbjahr 2018 schlitterten neben Nixe weitere Vertreter der heimischen Start-up-Szene in die Zahlungsunfähigkeit. Dazu zählen die Rubbellos-App Rublys, die Immobilienplattform Zoomsquare, das Mobile-Payment-Start-up kWallet oder die Künstliche Intelligenz-App Toby. Kriselt es in der enthusiastischen Jungunternehmerszene? Geht es nach den Zahlen, nein. Dem Kreditschutzverband von 1870 (KSV 1870) zufolge melden rund zehn Prozent aller Unternehmen in den ersten fünf Jahren Insolvenz an. "Auch bei Start-ups sind die Entwicklungen konstant. Es gibt keinen Abwärtstrend", sagt ein Sprecher des KSV.

Ebenfalls ausschlaggebend für Erfolg oder Misserfolg sind Förderungen – vor allem in der Frühphase: "Die Überlebensquote von Start-ups mit AWS-Unterstützung ist nach sechs Jahren um mehr als ein Viertel höher als ohne", sagt Matthias Bischof von der staatlichen Förderbank AWS. Frühphasenfinanzierungen bergen ein hohes Risiko, das der private Markt nicht deckt. Die öffentliche Hand will dieses Marktversagen beispielsweise durch Frühfinanzierungen ausgleichen, so Bischof. Bei erfolgreicher Unternehmensentwicklung muss das Kapital zurückgezahlt werden. Die AWS hat 2017 rund 15 Millionen Euro an 40 Firmen vergeben. 80 Prozent der seit 1998 geförderten Firmen sind nach wie vor operativ tätig. Die hohe Überlebensrate der heimischen Jungunternehmen hat wohl auch mit der vorsichtigen Investmentkultur zu tun. Einer Idee allein verschafft hierzulande kaum jemand eine Kapitalspritze. Österreichische Business-Angels riskieren verglichen zu ihren Gegenübern in den USA, China oder anderen

großen Märkten wenig. Dementsprechend gering ist die Wahrscheinlichkeit, zu scheitern. Doch unabhängig von ihrem Einsatz legen alle Risikokapitalgeber dieselbe Milchmädchenrechnung zugrunde: Von zehn Start-ups sind zwei erfolgreich, vier ein Nullsummenspiel, und vier führen zum Ausfall.

Die bedeutsamste Finanzierungsquelle heimischer Start-ups ist das eigene Ersparte (rund 81 Prozent). Es folgen öffentliche Förderungen und Unterstützungen (55 Prozent) sowie Business Angels (33 Prozent). Das ist ein Ergebnis der Studie Austrian Start-up Monitor 2018, für die über 500 Gründerinnen und Gründer über die österreichische Start-up-Szene befragt wurden. Die Studie ist das Ergebnis einer Zusammenarbeit des Austrian Institute of Technology (AIT), der Start-up-Dachplattform Austrian Startups und des Gründungszentrums der Wirtschaftsuniversität Wien. Die Erklärung dafür, dass so viele ihr privates Geld in die Hand nehmen, sei auch in den Gründungsmotiven zu finden, sagt Markus Raunig, Geschäftsführer von Austrian-Startups: Neun von zehn Befragten geht es darum, eine eigene Idee zu verwirklichen oder ein Problem zu lösen. Eine alternative Erklärung sei "eine Finanzierungslücke in den ganz frühen Phasen der Start-up-Gründung", so der Co-Autor der Studie.

Die Studie weist auch aus, wie sich die Start-up-Community zusammensetzt: 62 Prozent der Gründer und Gründerinnen und damit fast zwei Drittel sind zwischen 25 und 39 Jahre alt. Die Mehrheit (88 Prozent) sind immer noch Männer. Raunig sieht aber einen "Lichtblick": Etwa ein Drittel aller Start-ups (29 Prozent) hat laut Befragung zumindest auch eine Frau im Gründungsteam. "Das zeigt, dass aktiv auf das Thema Diversität geschaut wird."

Die befragten Start-ups beschäftigen im Schnitt rund acht Mitarbeiter. Neun von zehn der befragten Jungunternehmer planen in den nächsten zwölf Monaten Neueinstellungen. Im Schnitt sollen vier neue Mitarbeiter je Start-up eingestellt werden, eine geplante Mitarbeitersteigerung um 40 Prozent. Größtes Problem der Start-ups allerdings: passende Mitarbeiter zu finden, besonders im IT-Bereich. 70 Prozent haben offenbar Schwierigkeiten beim Recruiting. Sie stünden in Konkurrenz mit Großkonzernen. "Beim Gehalt ist es für junge Unternehmen natürlich schwierig mitzuhalten, aber sie können mit viel Autonomie und flexiblen Arbeitszeiten punkten", sagt Raunig.

Auch um Politik ging es in der Befragung. Nur jeder achte befragte Gründer ist demnach der Meinung, dass die österreichische Bundesregierung ein ernstzunehmendes Interesse an der Unterstützung von Start-ups hat. Die Senkung der Lohnnebenkosten (75 Prozent) und der Abbau bürokratischer Hürden (70 Prozent) sind die bedeutendsten Wünsche an die Politik. Finanziert wurde die Studie durch die Austria Wirtschaftsservice (aws), die Wirtschaftskammern Österreich (WKÖ) und Wien (WKW), den Rat für Forschung und Technologieentwicklung (RFTE), die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG), die Industriellenvereinigung (IV) sowie die Wirtschaftsagentur Wien.

(Lisa Breit, 26.9.2018) - derstandard.at/2000088034321/Start-up-Gruender-finanzieren-sich-vor-allem-durch-Erspartes; (Andreas Danzer, 25.7.2018) - derstandard.at/2000084069835/Pleiten-Krisen-und-mangelnde-Visionen-bei-heimischen-Start-ups

Artikel 2

Diskussionsvorlage für das Interview

- *Lesen Sie nachstehenden Artikel und fassen Sie die wesentlichsten Punkte zusammen.*
- *Kennen Sie theoretische Konzepte aus ihrem BA Studium, die Sie hier zur Analyse heranziehen können? Wenn ja, welche?*

Bereiten Sie sich vor, zu den oben genannten Punkten 5 Minuten frei zu sprechen!

Work-Life-Blending: Doch nur ein Betrug?

(Auszüge)

Das klingt doch richtig nach Freiheit, nach Selbstbestimmtheit – zumindest recht praktisch: von überall aus arbeiten, zu jeder Zeit, keine langen Anfahrten ins Büro voll quälender Routine, vollgestopfter Öffis, Verzögerungen im Kindergarten. Mein Zuhause ist mein Büro. Oder umgekehrt: Warum sollte ich noch in ein anderes Zuhause gehen, wenn doch alles an einem Ort sein kann – auch total praktisch, vom Frühstücksburrrito über die Krabbel- und Sportgruppe bis zum After-Work-Smoothie ist alles da im Büro, alle Kollegen sind gern zusammen und – vor allem – glücklich. Was soll daran falsch sein? "Work-Life Blending" heißt das angesagte Konzept, das neue Heilsversprechen für glückliches (Arbeits-)Leben ist. Also andauernd und immer fließender Übergang zwischen Arbeits- und Privatleben. Der gute alte Sehnsuchtsbegriff der Work-Life-Balance ist damit in die Mottenkiste der Lächerlichkeit gepackt. Ein Ausgleich mit Grenzen zwischen den beiden Welten ist also etwas für Leute, denen offensichtlich das Wichtigste fehlt: Passion. Und wem das fehlt, proklamierte Steven Jobs schon vor Jahren, wer das "passion principle" nicht verinnerlicht hat, für den wird es leider keinen guten Platz in der New World of Work geben, in der "Wir sind alle sehr glücklich und immer verbunden" das Morgengebet ist. Der Circle ist einer der jüngsten (beunruhigenden) Entwürfe einer Arbeitswelt, die Privatheit und Abgrenzung ächtet. Interesse an Privatheit ist dort bereits als "Unausgefülltsein im Beruf" determiniert. Wer Grenzen ziehen muss, ist bejammernswert, er hat sein richtig glücklich-leidenschaftliches Leben noch nicht gefunden.

An dieser Stelle hakt sich der streitbare Personalprofessor Christian Scholz (Universität des Saarlands) – einer, der auf der Liste der "wichtigsten Personen des Personalwesens" in Deutschland steht – mit seinem jüngsten Buch zu Work-Life-Blending ein. Wie er seine Forschungsfrage "Werden wir am Ende belogen, betrogen und manipuliert?" beantwortet, ist schon am Cover ersichtlich. "Mogelpackung" heißt es dort merkwürdig zärtlich. Was tatsächlich erscheint, ist dann allerdings Work-Life-Blending als von Politik und Wirtschaft schlau gebaute Echokammer zwecks weiterer Verdinglichung von Arbeitssklaven. Diesmal sind sie "glücklich", weil die Gehirnwäsche so weit funktioniert hat. Und diesmal sind sie – eben durch den Fall aller Grenzen – die optimalen Datenpunkte. Optimal analysiert, gesteuert, gefüttert und verwendet. Im "Blending" weiß Work eben alles über Privat – und das ist, scheint's, einer der Zwecke



angesichts der rasanten Entwicklung der People-Analytics und Predictive-People-Analytics. Der Zweck ist als ein guter ausgelobt: Fehler verhindern, bevor sie passieren, Arbeitsunfälle ausrotten, die Leute so einsetzen, wie sie gerade verfasst sind. Dazu muss die Firma doch genau Bescheid wissen. Verhaltenssteuerung, so gut es geht – auch im Privatleben. Wie nett ist das denn, wenn die Firma mir hilft, privat fit zu werden, mich richtig zu ernähren und die richtigen Dinge zu kaufen. Sie kann das ja auch, sie kennt mich so gut. Wobei, so meint auch Scholz, nicht die Daten das Problem sind, sondern ihre (willkürliche) Zusammensetzung, das Erzeugen von Kausalitäten und daraus folgenden Bewertungen, Ausschließungen oder Zugängen und Chancen. Selbstverständlich wurde da freiwillig mit Hakerl und Unterschrift zugestimmt – ja, das war ja auch Bedingung für die Arbeitsstelle.

Und wie meistens: Alles fing ganz harmlos an. Nämlich mit einer Suche, der fast ewigen Suche nach dem angemessenen Zusammenspiel von Erwerbsarbeit und dem Privatleben. Dann kamen "Digitalisierung" und "Disruption", die Roboterfreunde, die Automatisierung. Schließlich der Erleichterung verheißende Begriff der Flexibilisierung. Für Professor Scholz Versatzstücke einer ziemlich perfekten Propagandamaschinerie. Ihm fehlt der Glaube, es handle sich bei "Flexibilisierung" um das Ansinnen, allen Arbeitnehmern Wahlfreiheit zu gewähren. Vielmehr belegt er als Inhalt diese Wundertüte, die arbeitgeberseitige Flexibilisierung als Diktat an die Abhängigen. "Digitalisierung" sieht er solcherart als tayloristisches Werkzeug missbraucht, dem sich die Arbeitenden unterzuordnen haben. "Wir haben den mechanischen Taylorismus abgeschafft, um ihn durch den digitalen Taylorismus zu ersetzen." Die allgegenwärtige Digitalisierung fordert dann logischerweise Work-Life-Blending. Der Datenstrom soll ja nicht unterbrochen werden.

Scholz fällt dazu viel ein, das als "frame" der neuen Arbeitswelt dient: Clean-Desk-Policy etwa – leerer Schreibtisch, alles sauber, alles immer ganz toll reisebereit im eigenen Rucksack. Oder Open Office – die Befreiung aus der finsternen Höhle. Home-Office – die als Entgegenkommen dargestellte Auslagerung von Infrastruktur an Arbeitnehmer. Da passen gut die Projektjobs, die Mikrojobs, die Clickjobs dazu – für die muss man "geblendet" leben, schließlich wartet man ja, bis einem ein Happen vor die Füße geworfen wird: Arbeitnehmer in permanenter Rufbereitschaft in der Geolocation, aus dem "Life" wird an "Work" gemeldet. Work-Life-Blending hebe, warnt Scholz, den Unterschied zwischen beruflichen und privaten Daten völlig auf, dadurch werde der Mensch nun wirklich gläsern – ohne jedwede Rückzugsmöglichkeit.

(Karin Bauer, 5.4.2018) Christian Scholz, "Mogelpackung Work-Life-Blending", Wiley 2018, 230 Seiten.
derstandard.at/2000078802652/Work-Life-Blending-Doch-nur-ein-Betrug

Artikel 3

Diskussionsvorlage für das Interview

- *Lesen Sie nachstehenden Artikel und fassen Sie die wesentlichsten Punkte zusammen.*
- *Kennen Sie theoretische Konzepte aus ihrem BA Studium, die Sie hier zur Analyse heranziehen können? Wenn ja, welche?*

Bereiten Sie sich vor, zu den oben genannten Punkten 5 Minuten frei zu sprechen!

Für Ryanair sind die fetten Jahre vorbei: Anleger springen ab

Laudamotion bringt Ryanair Halbjahresverlust von 45 Millionen Euro

(Auszüge)

Billig, billiger am billigsten: Das war über Jahre das Rezept von Unternehmenschef Michael O'Leary, lange ging es auch auf. Ryanair ist seit mehr als 20 Jahren eine Airline, die Aktionäre lieben mussten. Sie wuchs zeitweise jährlich um mehr als zehn Prozent – bei Umsatz und Gewinn. O'Leary gelang es, Gewerkschaften, die mehr Geld für die Mitarbeiter durchsetzen könnten, vom Unternehmen fernzuhalten. Doch damit ist es vorbei. Der Aktienkurs ist schon in den vergangenen Monaten deutlich gesunken. Am Montag sackten die Aktien um bis zu 12,3 Prozent auf ein Zweijahrestief von 11,50 Euro ab.

Auch das Versprechen vom Billigfliegen hält die Airline immer seltener ein, zumindest wenn man einer Untersuchung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt vom Frühjahr glaubt. Dort kam man beim Vergleich dutzender Strecken zu dem Ergebnis: Wer einen Tag vor Abflug buchte, zahlte für ein Ryanair-Ticket mit fast 170 Euro nur knapp 30 Euro weniger als bei der Lufthansa-Tochter Eurowings, aber doppelt so viel wie bei der britischen Easyjet. Erst bei mindestens einem Monat Vorausbuchung war Ryanair günstiger als Easyjet.

Nun muss Ryanair wegen der Streiks vieler Piloten und Flugbegleiter auch noch seine Gewinnprognose senken. Der bereinigte Betriebsgewinn werde in dem bis März laufenden Geschäftsjahr 2018/19 1,1 bis 1,2 Milliarden Euro betragen, teilte das Unternehmen am Montag mit. Das wären zwölf Prozent weniger Gewinn als ursprünglich mit 1,25 bis 1,35 Milliarden Euro in Aussicht gestellt. Für Ryanair ist es der erste Gewinnrückgang seit fünf Jahren. Grund seien Preissenkungen und geringere Buchungen infolge der Streiks, aber auch höhere Treibstoffkosten belasteten das Unternehmen: Ryanair kalkuliert jetzt mit 460 Millionen Euro Kosten, 30 Millionen mehr als bisher erwartet.

Ein Verlust von 150 Millionen durch die Übernahme der Air-Berlin-Tochter Laudamotion ist bei dem Gewinnziel herausgerechnet. Europas größter Billigflieger hatte Ende August die Mehrheit an Laudamotion übernommen – die Nachfolge-Airline der früheren Air-Berlin-Tochter Niki. Deren Gründer Niki Lauda hatte nach der Pleite von Air Berlin den Zuschlag für Niki erhalten und sie unter dem Namen Laudamotion neu an den Start gebracht. Wenig später holte



er Ryanair als neuen Anteilseigner ins Boot. Bei Lauda verblieb eine Sperrminorität von 25 Prozent. "Trotz eines sehr schwierigen ersten Sommers wird Laudamotion dieses Jahr fast 3 Mio. Gäste befördern, aber im Gründungsjahr ungefähr 150 Mio. Euro durch außergewöhnliche Kosten belastet." Im Sommer 2019 soll Laudamotion auf 23 Flugzeuge wachsen, darunter 19 Airbus A320. "Wir unterstützen Laudamotion bei der Verbesserung von Kostenkontrolle, Treibstoffabsicherung ("fuel hedging") und Flottenmanagement, was im nächsten Jahr zu deutlich höheren Umsätzen und deutlich niedrigeren Kosten führen wird. Die Fluglinie bewegt sich im zweiten Betriebsjahr in Richtung Break-even", heißt es im Ryanair-Finanzbericht über Laudamotion.

Wegen der Unsicherheit in den Brexit-Verhandlungen werde Ryanair weitere Aktienrückkäufe erst einmal aufschieben, sagte O'Leary. Ein Programm über 750 Mio. Euro hatte der Billigflieger jüngst abgeschlossen.

Das Angebot im Winter werde um ein Prozent gekürzt, teilte Ryanair mit. Deshalb werden an den Standorten Bremen, Niederrhein und Eindhoven insgesamt acht Flugzeuge ab Anfang November am Boden bleiben. Mit den betroffenen Beschäftigten werde nun über Regelungen gesprochen, mit denen Stellenabbau vermieden werden könnte.

Ryanair wird seit Monaten immer wieder von Streiks in mehreren europäischen Ländern überzogen. In Deutschland hat Ryanair nach dem zweiten Streik vergangene Woche die Schließung des Standorts Bremen zu Anfang November und eine Verkleinerung der Flotte in Weeze in Nordrhein-Westfalen angekündigt. Beide Standorte hatten sich an den Streiks beteiligt. Die deutsche Gewerkschaft Verdi teilte mit, das Unternehmen habe seine Entscheidung unter anderem mit den Arbeitsniederlegungen der Beschäftigten begründet. "Wir fordern Ryanair auf, diese Entscheidung sofort zurückzunehmen und nicht die Existenz der Beschäftigten zu bedrohen", erklärte Verdi-Bundesvorstandsmitglied Christine Behle. Bereits in den vergangenen Wochen sei es zu massiven Einschüchterungsversuchen gegenüber Beschäftigten gekommen, kritisierte Verdi. Ryanair habe Streikende durch Vorgesetzte beobachten und fotografieren lassen und den Streik für illegal erklärt. Behle rief die Airline auf, die Schließungspläne und die Reduzierung von Flugzeugen unverzüglich zurückzunehmen und an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

(red, 1.10.2018) derstandard.at/2000088408712/Anleger-springen-ab-Die-fetten-Jahre-sind-fuer-Ryanair-vorbei; (APA, 22.10.2018) derstandard.at/2000089832675/Erster-Gewinnrueckgang-bei-Ryanair-seit-Jahren



Artikel 4

Diskussionsvorlage für das Interview

- *Lesen Sie nachstehenden Artikel und fassen Sie die wesentlichsten Punkte zusammen.*
- *Kennen Sie theoretische Konzepte aus ihrem BA Studium, die Sie hier zur Analyse heranziehen können? Wenn ja, welche?*

Bereiten Sie sich vor, zu den oben genannten Punkten 5 Minuten frei zu sprechen!

Steuerflucht: Österreich setzt EU-Regel gegen Zinstrick von Konzernen nicht um

Österreich hätte bis Ende 2018 eine EU-Regel im Kampf gegen aggressive Steueroptimierung von Konzernen umsetzen müssen. Das Finanzministerium bleibt untätig.

Die Liste an Streitpunkten zwischen Österreich und der EU-Kommission ist um einen Punkt länger geworden. Nach Informationen des STANDARD liegen Brüssel und die Regierung in Wien im Clinch miteinander darüber, wie aggressive Steueroptimierung durch multinationale Unternehmen am besten eingedämmt werden kann. Der Streit dreht sich um Unternehmen, die einen speziellen Trick mit hohen Zinszahlungen ans Ausland nutzen, um ihre Steuerlast zu senken.

2016 wurde eine EU-Richtlinie beschlossen, die strengere Vorschriften dazu fest schreibt, wann dieser Trick genutzt werden kann. Festgelegt wurde, dass die Regeln bis Ende 2018 umzusetzen sind. Eine zusätzliche Klausel wurde in die Richtlinie aufgenommen: Jeder Staat, der nachweisen kann, dass er bereits über eine ähnlich effektive Regelung wie jene der EU verfügt, kann sich mit der Umsetzung bis 2024 Zeit lassen.

Wie nun bekannt geworden ist, hat die EU-Kommission im Dezember offiziell mitgeteilt, dass man die österreichische Regelung als nicht gut genug erachtet. Spanien, Slowenien, Frankreich, die Slowakei und Griechenland haben dagegen grünes Licht für ihre Sonderregeln erhalten. Die Initiative der EU ist ein Teil des verschärften Kampfs gegen aggressive Steuerplanung. Multinationale Konzerne verschieben Gewinne oft zwischen Ländern hin und her, um ihre Abgabenlast zu drücken. Nicht nur IT-Unternehmen wie Apple und Facebook machten wegen entsprechender Praktiken zuletzt Schlagzeilen, sondern auch Unternehmen wie Nike und Ikea.

Ein seit Jahren beliebter Trick funktioniert mit Zinszahlungen. Er geht so: Ein Unternehmen in Österreich gründet zum Beispiel eine Tochtergesellschaft in Zypern. Das Unternehmen transferiert einen Teil seines Cash, sagen wir 100 Millionen Euro, auf die Insel. Daraufhin vergibt die zypriotische Gesellschaft an das Mutterunternehmen in Österreich einen Kredit über 100 Millionen Euro. Das österreichische Unternehmen braucht diese Finanzierung nicht. In Wahrheit wird das Geld im Kreis geschickt. Interessant macht den Vorgang ein anderer Punkt: Das österreichische Unternehmen zahlt nun Jahr für Jahr Zinsen an die eigene Gesellschaft in Zypern. Diese Zahlungen schmälern den Gewinn des Unternehmens in Österreich. In Zypern

unterliegen die Zahlungen kaum einer Besteuerung. Mit der Zeit kommen hohe Millionenbeträge zusammen, die sich das Unternehmen erspart.

Berüchtigt unter Steuerexperten sind etwa Schweizer Finanzierungsbetriebsstätten: Das sind eigene Gesellschaften, die in der Schweiz nur errichtet werden, um Zinszahlungen einzustreichen, die dann nur minimal versteuert werden. Auch Malta, Zypern und Liechtenstein werden für solche Konstruktionen genutzt.

Die EU-Regel, auf die man sich 2016 geeinigt hat, sieht eine absolute Grenze vor: Im Kern gilt, dass Zinszahlungen eines Unternehmens bis maximal 30 Prozent des Vorsteuergewinns anerkannt werden. Ob die Zinszahlungen an eine fremde Bank oder eine eigene Gesellschaft gehen, spielt dabei keine Rolle.

In Österreich wurde vor einigen Jahren schon eine Sonderregel eingeführt, um den Zinstrick zu erschweren. Zinszahlungen an konzernzugehörige Gesellschaften werden von der Finanz nicht anerkannt, wenn die Steuerlast im Ausland auf diese Zahlungen unter zehn Prozent liegt. Im Finanzministerium in Wien hält man diese heimische Bestimmung für gleich gut wie die neue EU-Regel. Noch dazu sei sie "in der Handhabung einfacher und effizienter". Von diesem Standpunkt will die Finanz auch die EU-Kommission überzeugen.

Wer ist im Recht? Experten wie Florian Rosenberger vom Beratungsunternehmen KPMG tun sich schwer mit einer klaren Aussage dazu. Die österreichische Regierung hat den Vorteil, dass sie jegliche Zahlungen in Niedrigsteuerländer verhindern soll und eine Grenze nicht erst aber einer gewissen Höhe im Verhältnis zum Gewinn eingezogen wird, sagt er. Der Nachteil: Nicht immer ist es für die heimische Finanz leicht festzustellen, wie Zinszahlungen im Ausland besteuert werden. In Brüssel bestätigte die Kommission, dass man den österreichischen Fall derzeit prüfe und dass die bisherige Regelung nicht ausreichend sei. Erst danach werde über weitere Schritte entschieden.

Im Hintergrund eine wichtige Rolle spielen dürfte der Wettbewerb mit Deutschland. Konzerne, die einen Gewinn machen, können nach der neuen EU-Regel keine Zinsausgaben absetzen. Auch Unternehmen, die eine echte Finanzierung aus dem Ausland erhalten, steigen mit der EU-Regel schlechter aus. Deutschland hat die neuen Regeln bereits in Kraft gesetzt – wenn Österreich nicht nachzieht, wäre das zwischenzeitlich ein Standortvorteil.

(András Szigetvari, 31.1.2019) - derstandard.at/2000097291031/Steuerflucht-Oesterreich-setzt-EU-Regel-nicht-um